Gemeinde
Birmensdorf

Sozialbehörde

Auszug aus dem Protokoll vom 7. Juli 2020

Beschluss 79; Aktenzeichen 5.0.0-20.2145.1; IDG-Status: öffentlich

Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV; Antrag zuhanden der Gemeindeversammlung

Ausgangslage

Anspruch auf Zusatzleistungen zu einer AHV- oder IV-Rente haben Personen, deren finanzielle Existenz durch die Renten nicht gesichert wird. Die Ausrichtung von Zusatzleistungen stützt sich auf Erlasse des Bundes, des Kantons und - da Birmensdorf Gemeindezuschüsse seit Jahren ausrichtet - der Gemeinde:

- **Ergänzungsleistungen** (Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, ELG)
- **Beihilfen** (Zusatzleistungsgesetz, ZLG)
- **Gemeindezuschüsse** (Verordnung der politischen Gemeinde Birmensdorf über die zusätzliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenhilfe)

Gemeindezuschüsse erhalten in Birmensdorf nur Personen, denen Ergänzungsleistungen und Beihilfen ausgerichtet werden. Gegenwärtig (Stand: 30. Juni 2020) erhalten 20 % der Bezügerinnen und Bezügern von Ergänzungsleistungen und Beihilfen auch Gemeindezuschüsse (34 Personen). Die Zuschüsse dienen den Bezügerinnen und Bezügern zur Mitfinanzierung ihrer Mieten. Denn die im ELG festgelegten maximalen Mietkostenbeiträge decken die effektiven Kosten nicht.

Per 2021 werden die maximalen Beiträge an die Mieten im Rahmen einer Revision des ELG erhöht. Die Anpassung des übergeordneten Rechts hat die Sozialbehörde zum Anlass genommen, den Gemeindeerlass vom 26. März 1982 ebenfalls zu revidieren. Die Verordnung soll mit der ELG-Reform 2021 in Einklang gebracht, an die heutigen Bedingungen angepasst und vereinfacht werden.

Erwägungen

Der Gemeindeerlass sowie die Eckpunkte der Revision lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

Anspruch

Der Anspruch auf Gemeindezuschüsse richtet sich nach dem ZLG. Zusätzlich ist ein Wohnsitz von mindestens fünf Jahren in der Gemeinde erforderlich. Damit wird ein Anreiz für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger verhindert. Im Weiteren werden die Gründe, die zu einer Verweigerung von Gemeindezuschüssen führen, explizit erwähnt, was die aktuelle Praxis besser abbildet.

Arten

Die Gemeindezuschüsse bestehen aus zwei Arten:

- Ordentliche Gemeindezuschüsse
- Ausserordentliche Gemeindezuschüsse

Die Revision wirkt sich finanziell neutral aus, da sie die bestehende Praxis der Unterstützung abbildet.

Ordentlicher Gemeindezuschuss

Beim ordentlichen Gemeindezuschuss besteht keine finanzielle Auswirkung mit der neuen Verordnung. Mit der neuen prozentualen Ausrichtung des Gemeindezuschusses am Lebensbedarf der Ergänzungsleistungen können Teuerungsanpassungen automatisiert werden und eine zukünftige Anpassung der Verordnung in diesem Bereich ist nicht erforderlich.

Ausserordentlicher Gemeindezuschuss

Die neue Verordnung enthält zusätzlich einen ausserordentlichen Gemeindezuschuss. Dieser kann dann gewährt werden, wenn damit ein teurer Heimaufenthalt verhindert werden kann.

Der Gemeindeerlass im Wortlaut

Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV

Art. 1 **Gegenstand**

Diese Verordnung regelt die Bezugsberechtigung für die Gemeindezuschüsse.

Art. 2 **Geltungsbereich**

[1]Direkt anwendbare Bestimmungen in übergeordneten Erlassen, insbesondere des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) auf Bundesebene und des Zusatzleistungsgesetzes (ZLG) auf kantonaler Ebene, gehen dieser Verordnung vor.

[2]Ein Verweis auf Erlasse oder Regelungen bezieht allfällige Änderungen derselben mit ein.

Art. 3 **Definition**

Als Zusatzleistungen im Sinne dieser Verordnung gelten

a) die Ergänzungsleistungen und die Beihilfen, die beide durch Gesetze von Bund und Kanton Zürich geregelt sind;

b) der Gemeindezuschuss als Leistung der Politischen Gemeinde Birmensdorf. Er beinhaltet einen Zuschuss für die Lebensführung (ordentlicher Gemeindezuschuss) sowie bei Bedarf einen ausserordentlichen Gemeindezuschuss.

Art. 4 **Anspruchsvoraussetzungen**

Der ordentliche Gemeindezuschuss wird an zu Hause wohnende Personen ausgerichtet,

a) wenn alle persönlichen Voraussetzungen zum Bezug der gesetzlichen Beihilfe gemäss Zusatzleistungsgesetz erfüllt sind und

b) wenn die gesuchstellende Person bei der Anmeldung des Anspruchs seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen zivilrechtlichen Wohnsitz in der Gemeinde Birmensdorf hat; ausgenommen sind frühere Bezügerinnen und Bezüger, welche in die Gemeinde zurückkehren.

Art. 5 **Anspruchsbeginn**

a) Der Anspruch auf den jährlichen Gemeindezuschuss besteht erstmals für den Monat, in dem die Anmeldung eingereicht worden ist und sämtliche Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllt sind;

b) Der jährliche Gemeindezuschuss wird in Abweichung zu den Bestimmungen über die jährlichen Ergänzungsleistungen für vor der Anmeldung liegende Zeiträume nicht nachbezahlt.

Art. 6 **Umfang**

Der jährliche Höchstanspruch auf ordentliche Gemeindezuschüsse beträgt für Alleinstehende 6%, für Ehepaare und Paare in eingetragener Partnerschaft 9% sowie für minderjährige Waisen und Kinder 3% des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende gemäss ELG.

Art. 7 **Berechnung**

Für die Berechnung des ordentlichen Gemeindezuschusses wird auf die Bedarfsberechnung für die gesetzliche Beihilfe abgestellt, wobei

a) die tatsächlich ausgerichteten Beihilfen als anrechenbare Einnahme gehandelt werden;

b) der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf bei zu Hause wohnenden Personen um den Höchstbetrag der ordentlichen Gemeindezuschüsse erhöht wird.

Art. 8 **Anspruchsvoraussetzungen / Umfang**

[1]An zu Hause wohnende Personen, welche die Anspruchsvoraussetzungen nach Art. 4 dieser Verordnung erfüllen, kann ein ausserordentlicher Gemeindezuschuss ausgerichtet werden, sofern damit ein Heimeintritt verhindert werden kann. Der ausserordentliche Gemeindezuschuss kann zusätzlich zum ordentlichen Gemeindezuschuss ausgerichtet werden.

[2]Der jährliche Höchstanspruch richtet sich nach Art. 6 dieser Verordnung.

Art. 9 **Verweigerung**

[1]Die Gemeindezuschüsse können verweigert oder gekürzt werden, wenn sie für den Unterhalt nicht oder nur teilweise benötigt werden.

[2]Namentlich werden keine Gemeindezuschüsse ausgerichtet, wenn

a) die Vermögensfreibeträge gemäss ZLG überschritten werden;

b) mehr als zwei Personen im gleichen Haushalt in die Berechnung der Zusatzleistungen einbezogen sind;

c) bei Alleinstehenden und Ehepaaren, die mit anderen volljährigen Personen im gleichen Haushalt leben,

   1. welche nicht in die Berechnung der Zusatzleistungen einbezogen sind und

   2. keinen Anspruch auf eine Kinder-, bzw. Waisenrente der AHV/IV haben;

d) bei Alleinstehenden, die mit zwei oder mehreren Kindern zusammenleben, welche Anspruch auf eine Kinder-, bzw. Waisenrente der AHV begründen;

e) bei Ehepaaren, die mit einem oder mehreren Kindern zusammenleben, welche Anspruch auf eine Kinder-, bzw. Waisenrente der AHV begründen;

f) bei minderjährigen und volljährigen Kindern mit einer Kinder- oder Waisenrente zur AHV/IV, die nach dem Ergänzungsleistungsrecht als Alleinstehende berechnet werden und nicht dauernd in einem Heim oder Spital leben.

Art. 10 **Verfahren**

[1]Das Gesuch für Gemeindezuschüsse gilt als gestellt, wenn die Anmeldung zum Bezug der Leistung gemäss kantonalem Gesetz über die Zusatzleistungen erfolgt ist.

[2]Gemeindezuschüsse werden monatlich, zusammen mit den Leistungen gemäss ZLG, ausbezahlt.

[3]Soweit durch diese Verordnung nichts Anderes geregelt ist, finden die Bestimmungen des ZLG sinngemäss Anwendung. Dies gilt namentlich für die Strafbestimmungen.

[4]Im Falle des Ablebens der beziehenden Person sind die bezogenen Gemeindezuschüsse in Abweichung zum ZLG, wenn Kinder oder Eltern Erben sind, zu Lasten des Nettonachlasses zurückzuerstatten.

[5]Der Vollzug der Verordnung ist der Gemeindeverwaltung Birmensdorf übertragen.

Art. 11 **Rechtsmittel**

Gegen Verfügungen der Gemeinde Birmensdorf, Bereich Zusatzleistungen, kann innerhalb von 30 Tagen bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden. Das weitere Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des ZLG.

Art. 12 **Inkrafttreten**

[1]Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

[2]Mit Inkraftreten dieser Verordnung wird diejenige vom 26. März 1982 aufgehoben.

[3]Frühere Erlasse des Gemeinderates gelten bis zum Erlass sie ersetzender Bestimmungen weiter, sofern sie dieser Verordnung nicht widersprechen.

Rechtliches

Gestützt auf § 51 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (GG) kann die Gemeindeordnung (GO) Kommissionen bezeichnen, die im Rahmen ihrer Aufgaben anstelle des Gemeindevorstands handelt. Diese Kommissionen können den Stimmberechtigten Geschäfte zur Beschlussfassung unterbreiten lassen. Sie legen dazu ihre Geschäfte dem Gemeindevorstand vor, der sie dem zuständigen Organ mit seiner Abstimmungsempfehlung unterbreitet (§ 51 Abs. 4 GG). Die Sozialbehörde ist eine solche eigenständige Behörde (Art. 26 und Art. 26a GO).

Die Sozialbehörde hat somit den Stimmberechtigten die Annahme der totalrevidierten Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV zu empfehlen und den Gemeinderat einzuladen, zum Antrag seine Empfehlung abzugeben.

Beschluss

1. Den Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Birmensdorf wird die totalrevidierte Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV (Gemeindeerlass) gemäss den Erwägungen zur Beschlussfassung unterbreitet.

2. Der Gemeinderat wird eingeladen,

   2.1. das Geschäft gemäss Ziff. 1 vorstehend den Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung vom 15. September 2020 zusammen mit seiner Abstimmungsempfehlung zu unterbreiten;

   2.2. die Rechnungskommission um ihren Abschied mit Antrag und Begründung zu ersuchen sowie

   2.3. in Zusammenarbeit mit der Sozialbehörde den Beleuchtenden Bericht zuhanden der Stimmberechtigten zu erstellen.

3. Mitteilung an:
   - Gemeinderat; zum Vollzug
   - Rechnungsprüfungskommission (per E-Mail durch die Abteilung Soziales und Gesellschaft); zur Kenntnis

Sozialbehörde Birmensdorf

Annegret Grossen
Präsidentin

Philipp Schwendimann
Schreiber

Gemeinde
Birmensdorf

Gemeinderat

Auszug aus dem Protokoll vom 10. August 2020

Beschluss 341; Aktenzeichen 0.5.1-20.1467.17; IDG-Status: öffentlich

Sozialbehörde; Verordnung über Gemeindezuschüsse zur AHV/IV; Antrag an Gemeindeversammlung; Stellungnahme des Gemeinderates

Sachverhalt

Mit Beschluss vom 7. Juli 2020 (SOBB 79) unterbreitet die Sozialbehörde den Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Birmensdorf die totalrevidierte Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV zur Beschlussfassung und lädt den Gemeinderat ein, das Geschäft an der Gemeindeversammlung vom 15. September 2020 zusammen mit seiner Abstimmungsempfehlung zu unterbreiten.

Erwägungen

Gestützt auf § 51 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (GG) kann die Gemeindeordnung (GO) Kommissionen bezeichnen, die im Rahmen ihrer Aufgaben anstelle des Gemeindevorstands handelt. Diese Kommissionen können den Stimmberechtigten Geschäfte zur Beschlussfassung unterbreiten lassen. Sie legen dazu ihre Geschäfte dem Gemeindevorstand vor, der sie dem zuständigen Organ mit seiner Abstimmungsempfehlung unterbreitet (§ 51 Abs. 4 GG). Die Sozialbehörde ist eine solche eigenständige Behörde (Art. 26 und Art. 26a GO).

Zum Antrag der Sozialbehörde nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung: Es ist zu begrüssen, dass die Verordnung mit der Reform 2021 des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung in Einklang gebracht, an die heutigen Bedingungen angepasst und vereinfacht werden soll. Kommt hinzu, dass die Revision sich finanziell neutral auswirkt.

Ausstand

Annegret Grossen, Ressortvorsteherin Soziales, tritt für die Behandlung dieses Geschäftes in den Ausstand, da sie Präsidentin der Sozialbehörde ist. Sie verlässt den Sitzungsraum für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung.

Beschluss

1. Im Zusammenhang mit dem Antrag der Sozialbehörde vom 7. Juli 2020 betreffend Totalrevision Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV wird den Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Birmensdorf empfohlen, den Antrag der Sozialbehörde an der Gemeindeversammlung vom 15. September 2020 zu genehmigen.

2. Mitteilung an:

- Gemeindeversammlung vom 15. September 2020; zuhanden der Abteilung Präsidiales und Kultur (Aktenauflage)
- Sozialbehörde Birmensdorf; zur Kenntnis

Gemeinderat Birmensdorf

Bruno Knecht
Präsident

Andreas Strahm
Schreiber

ABSCHIED DER RPK
an die Gemeindeversammlung vom 15. September 2020

Die RPK hat den Antrag zur Genehmigung der neuen

Verordnung über die Gemeindezuschüsse zur AHV/IV

welche per 1. Januar 2021 in Kraft treten und diejenige vom 26. März 1982 ersetzt soll, geprüft .

Aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung empfehlen wir der Gemeindeversammlung, diesen Antrag zu genehmigen.

Birmensdorf, 6. August 2020

RECHUNGSPRÜFUNGS-KOMMISSION

Präsidentin:	Aktuar
Gertrud Stäheli	Urs Schäppi